

Nehmen Sie Platz, Madame

Autor(en): **Keller, Elisabeth**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340927>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Nehmen Sie Platz, Madame»

Zum Bericht «Nehmen Sie Platz, Madame» der Eidg. Kommission für Frauenfragen hat Elisabeth Keller das nebenstehende Referat gehalten. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen erschien von dieser Kommission und vom Büro für Gleichstellung auch die Wahlbrochure «Am 20. Oktober ist DAMENWAHL!»

Was war der Ausgangspunkt für den Entscheid der Eidg. Kommission für Frauenfragen, sich mit dem Problem der Untervertretung der Frauen in der Politik in einer Untersuchung auseinanderzusetzen?

Konkreter Ausgangspunkt war das enttäuschende Resultat der eidgenössischen Wahlen 1987, die lediglich eine leichte Erhöhung des Frauenanteils von 11 auf 14,5% im Nationalrat und von 6,5 auf 10,9% im Ständerat brachten. Das heisst: 29 Frauen teilen sich die Sitze im Nationalrat mit 171 Männern. Und 5 Ständerätinnen befinden sich in Gesellschaft von 41 Männern in dieser Kammer.

Die Kommission fragte sich nach den Wahlen 1987 ebenso wie viele Frauenorganisationen, Politikerinnen, Wählerinnen und Wähler, weshalb auch 16 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts noch immer nicht annähernd jeder zweite Parlamentarier eine Frau, sondern nur jeder siebte Volksvertreter eine Frau war und auf welchem Weg endlich eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an der Politik in der Schweiz erreicht werden könnte.

Aus diesem Grund wurden von 1988–1990 im Auftrag der Eidg. Kommission für Frauenfragen die Hintergründe dieser Situation wissenschaftlich untersucht. Der Bericht «Nehmen Sie Platz, Madame» konnte im Mai 1990 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ergebnisse des Berichts

Im Bericht wurde die Entwicklung der Frauenvertretung im NR seit Einführung des Frauenstimm- und Frauenwahlrechtes; die Frage, wie Frauen überhaupt Kandidatinnen für den Nationalrat werden und welche Erfahrungen sie im Wahlkampf mit ihren Parteien, den Medien und mit sich selber machen, untersucht. Es wurden die Wahlchancen und Wahlergebnisse der Kandidatinnen und das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich sowie die Einstellung der Wahlberechtigten zu verschiedenen Frauenfördermassnahmen unter die Lupe genommen. Eine weitere Untersuchung beschäftigte sich mit der Vertretung der Frauen in den Parlamenten anderer Länder und verschiedenen ausländischen Modellen zur Frauenförderung im Bereich der Politik. Ein anderer wichtiger Punkt war die in Auftrag gegebene Umfrage bei den kantonalen Parteien in der ganzen Schweiz, in der die kantonalen Parteien über den aktuellen Stand der Diskussion in bezug auf die Partizipation von Frauen im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1987 und 1991 befragt wurden.

Wie sieht es mit der Vertretung der Frauen in den Parlamenten in der Schweiz gegenwärtig aus?

Die Vertretung der Frauen in den Parlamenten stellt sich auf den verschiedenen Ebenen unterschiedlich dar:

Elisabeth Keller

ist Sekretärin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen

Während der Frauenanteil auf lokaler Ebene 19,1% beträgt, sinkt er auf kantonaler Ebene auf 12,4% und auf eidgenössischer Ebene auf 13,0% (Stand 1988). (In den ersten Jahren nach Einführung des Frauenstimmrechts war auf eidgenössischer Ebene eine relativ konstante Zunahme zu verzeichnen, zwischen 1979 und 1983 stagnierte der Anteil und stieg seither wieder etwas stärker an.)

Damit eine Vergleichsmöglichkeit da ist, erlaube ich mir an dieser Stelle den Hinweis auf die Frauenvertretung in anderen Parlamenten:

Der Frauenanteil in nationalen Parlamenten beträgt im europäischen Durchschnitt ca. 17% (Mitte 89 – dazu im Vergleich die Schweiz. Bundesversammlung Mitte 89: 13.8%). Die Schweiz befindet sich damit in einer Art «Mittelfeldposition».

Interessant ist, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gross sind. Die nordeuropäischen Länder weisen Frauenanteile in nationalen Parlamenten von 30–40% auf. Sie sind es auch, die bisher am meisten unternommen haben, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. So führen sie regelmässig Kampagnen zur Sensibilisierung durch und praktizieren Frauenquoten in Parteien und ausserparlamentarischen Kommissionen. Ein Vergleich der ausländischen Modelle zur politischen Frauenförderung zeigt, dass diejenigen Länder, die die effizientesten Massnahmen praktizieren (z. B. Quoten in Parteien) auch die höchsten Frauenanteile in den Parlamenten aufweisen.

Grundsätzlich gilt: (Und dies trifft sowohl für die Schweiz als auch für andere europäische Länder zu): Je höher das politische Amt, umso seltener sind Frauen anzutreffen. Und: Je tiefer die Ebene der politischen Beteiligung ist, desto höher ist auch der Frauenanteil. Frauen betätigen sich viel eher im privaten, familiären und sozialen Bereich wie Nachbarschaftshilfe, Sozialhilfe oder den vielfältigen wohltätigkeitsorientierten und gemeindebezogenen

Aktivitäten. Das sehr hohe soziale Engagement der Frauen steht in krassem Gegensatz zur Untervertretung der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien unseres Landes.

Wahlchancen und Wahlergebnisse von Frauen.

Frauen haben in der Tat schwerer als Männer, gewählt zu werden! Ein ganz wesentliches Ereignis der von der Frauenkommission in Auftrag gegebenen Untersuchungen ist, dass es Frauen bereits bei der Kandidatinnenauswahl als Politikerinnen eindeutig schwerer haben als Männern.

Bei den Nationalratswahlen 1987 haben sich 679 Frauen und 1737 Männer um insgesamt 200 Sitze beworben. 4% der Kandidatinnen und 10% der Kandidaten wurden gewählt. Das bedeutet, dass Frauen weit geringere Chancen haben, erfolgreich zu kandidieren. Obschon laut Untersuchung immerhin $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung der Ansicht sind, Frauen seien politisch eindeutig untervertreten, haben Frauen verglichen mit Männern geringere Chancen, gewählt zu werden.

Es stellt sich die Frage, warum dem so ist: Liegen die Gründe bei den Wählenden, bei den Parteien oder bei den Kandidatinnen selbst?

Laut Untersuchung wurden vor allem zwei Haupthindernisse festgestellt: Zum einen sind dies die Kriterien, wonach bisher die Kandidaten bzw. die Kandidatinnen ausgewählt werden. Zu diesen Wahlkriterien gehören etwa: die «richtige» Region, der «richtige» Beruf, die «richtige» wirtschaftliche Situation, die «richtige» politische Tendenz sowie ein hoher Bekanntheitsgrad innerhalb und ausserhalb der Partei. Die Chance, dass eine Frau all diese Kriterien erfüllen kann, ist entsprechend ihrer geringen Vertretung in den als wichtig definierten gesellschaftlichen Bereichen, z.B. der Wirtschaft, relativ gering. Der Hausfrauenstatus hat sich (bisher) nicht als positives Auswahlkriterium für eine politi-

sche Kandidatur erwiesen.

Zweite Barriere hinsichtlich einer Kandidatur ist denn auch die Alleinverantwortung der meisten Frauen für den Familienbereich. Wenn eine Frau zusätzlich noch berufstätig ist, so stellt zudem die Mehrfachbelastung ein grosses Hindernis für die Übernahme einer Kandidatur bzw. eines politischen Mandates dar, welche ja wiederum eine grosse zeitliche Belastung mit sich bringen.

Hier liegt ein grosser Widerspruch: als Hausfrau ist eine Frau kaum eine attraktive Kandidatin, als berufstätige mit Familienpflichten aber bereits mehr als ausgelastet. Dass dem so ist, zeigt die Tatsache, dass zwar die grosse Mehrheit der Parlamentarierinnen eine Familie hat; die Zahl derer, welche nicht mehr verheiratet und/oder kinderlos sind, ist aber bei den Frauen wesentlich höher als bei den Parlamentariern, also den Männern. Für männliche Politiker wirkt sich das Vorhandensein einer Familie kaum karrierehemmend aus – im Gegenteil, das Vorhandensein einer Ehefrau und Kindern wird als positiv angesehen.

Nur bei Frauen wird gefragt, wie sie denn ihr politisches Engagement mit Familie und Hausarbeit vereinbaren wollen. Niemand käme etwa auf die Idee zu behaupten, Politiker seien schlechte Väter oder Ehemänner, weil sie in ihren Terminkalendern wenig Raum für Kind und Ehefrau finden. Frauen, die sich politisch betätigen, wird hingegen schnell einmal vorgeworfen, sie würden ihre Kinder und Ehemänner vernachlässigen.

Diese doppelte Moral gilt es aufzulösen. Wenn Frauen gemäss ihrem Anteil an der Bevölkerung (Frauen sind nun mal die Hälfte der Bevölkerung, sogar etwas mehr!) in der Politik Fuss fassen sollen, dann muss unbedingt auch über die Aufteilung der Hausarbeit und Kinderbetreuung gesprochen werden.

Politische Arbeit braucht Zeit und Energie. Solange die Frauen ihre Zeit und Energie überwiegend in der Fa-

milie investieren (sollen) und Männer nicht bereit sind, sich auch daran zu beteiligen, solange wird Politik ein Männergeschäft bleiben.

Die Hintergründe der Untervertretung der Frauen in der Politik sind vielschichtig und komplex. Als ganz wesentlicher Punkt für die Abwesenheit der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien zu nennen ist, dass sie nach wie vor fast ausschliesslich für die Familienarbeit zuständig sind und Männer davon profitieren, dass Frauen ihnen all diese Arbeiten abnehmen.

Frauenfördermassnahmen in den Parteien

In der von der Eidg. Kommission für Frauenfragen durchgeführten Umfrage über Frauenfördermassnahmen wurden insgesamt 232 Kantonalparteien und Gruppierungen einbezogen; die Rücklaufquote betrug 63%. Erwähnt seien hier nur zwei wesentliche Ergebnisse:

Bei der Analyse der Antworten konnten zwei etwa gleich grosse Lager festgestellt werden: Einerseits die Parteien und Gruppierungen, welche die Notwendigkeit von Frauenförderung erkannt und bereits Massnahmen ergriffen haben bzw. wenigstens über sie diskutieren. Ihnen stehen aber auch zahlreiche Parteisektionen gegenüber, welche solche Massnahmen überhaupt ablehnen oder für unnötig halten. Die erste Gruppe besteht – nicht überraschen – vorwiegend aus dem linken Spektrum, die zweite Gruppe ist eher dem rechten Spektrum zuzurechnen. Welcher Art sind die diskutierten und durchgeführten Frauenförderungsmassnahmen? Die Antwort lautet: je teurer, auffälliger und vielleicht auch effizienter eine Massnahme ist, desto seltener wird sie angewandt. Und: generell sind offenbar Werbemassnahmen für Frauen etwa bei Wahlveranstaltungen oder durch Inserate bei den Parteien beliebter als konkrete Änderungen der Wahllisten-

gestaltung (z.B. Frauenlisten, Frauenquoten usw.).

Was ist zu tun?

Im Oktober 1991 sind in der Schweiz die nächsten Wahlen auf eidgenössischer Ebene. Was kann und muss nun nach Meinung der Eidg. Kommission für Frauenfragen getan werden, um die Vertretung der Frauen im Parlament nachhaltig zu verbessern?

Zunächst einmal ist ein Perspektivwechsel nötig: denn die erschreckend geringe Beteiligung von Frauen im politischen Leben hat als ihr Gegenstück eine ebenso aufstossende Übervertretung der Männer. Wir können also eigentlich auch sagen, dass es viel zu viele Männer im Parlament hat und dass es endlich an der Zeit ist, dass diese Männer und ihre möglichen Nachfolger den Frauen Platz machen müssen.

In ihrem Fazit, das die Kommission aus den Untersuchungsergebnissen zieht, weist sie darauf hin, dass die Schweiz eine lange Tradition im Ausgleich von allzu grossen Machtgefällen hat. Gerade in der Schweiz haben Massnahmen, die z.B. den verschiedenen Sprachgruppen, den verschiedenen Regionen, Bevölkerungs- oder Interessengruppen eine angemessene Vertretung garantieren, eine lange Tradition. In der Regel geschieht dies mit dem Mittel des Proporz. Beispielsweise gilt der Proporz für die Garantie der Vertretung der Kantone und Sprachgruppen und als informelle Parteienquote im Bundesrat (die sogenannte «Zauberformel»).

Dieser Proporzgedanke, d.h. die Zusage einer angemessenen Vertretung gemäss dem Bevölkerungsanteil, kann auch zur Verbesserung der politischen Repräsentation der Frauen angewandt werden. Mit der Proporzfrage oder anders formuliert mit der «Quotenfrage» wird sich die Öffentlichkeit in der Schweiz in Zukunft auseinandersetzen müssen.

Es ist notwendig, auch in der Schweiz

die Diskussion um Quoten im politischen Bereich voranzutreiben und damit auch zu enttabuisieren. Die vor kurzem von den Frauenorganisationen der Schweiz ins Leben gerufene Initiative *Nationalrat 2000*, welche eine paritätische Verteilung der Nationalratssitze bis im Jahr 2000 verlangt, ist in diesem Sinn zu unterstützen.

Notwendige Frauenfördermassnahmen

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen stellt in ihrem Fazit fest, dass die Ungleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Leben und damit auch in der Politik kein einmaliges Wahlkampfthema ist, sondern eines der Grundübel unserer Kultur. Dieser Missstand lässt sich nicht bloss durch Freiwilligkeit, durch mehr Bewusstsein und gute Absichten angehen, sondern es braucht auf der pragmatischen Ebene konkrete Beschlüsse und gezielte Massnahmen.

Die Erfahrungen zeigen, dass Massnahmen nur dann einen Sinn machen, wenn sie mit konkreten Auflagen und Zielvorgaben formuliert werden und einer ständigen Erfolgskontrolle unterliegen. Eine bessere Vertretung von Frauen in der Politik kommt nicht von alleine. Für die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frau und Mann im politischen, im öffentlichen Leben brauchen wir Frauenfördermassnahmen. Es ist mir klar, dass es gegen die sogenannten Förderungsmassnahmen eine ganze Reihe von Vorbehalten gibt. Ich möchte deshalb sagen, dass der Begriff «Frauenfördermassnahmen» eigentlich nicht zutreffend ist. Denn es geht ja nicht darum, Frauen als defizitäre Wesen zu fördern, ihnen Nachhilfe zu geben und an die Männerwelt einfach anzupassen. Richtigerweise sollten wir Förderungsmassnahmen verstehen als Massnahmen zum Ausgleich von Ungleichstellung, als Ausgleich für bisher ungleiche Möglichkeiten und Chancen.

Was können, was sollen Parteien tun?

Notwendig ist sicherlich in den Parteien eine breite Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten der sog. «Frauenförderung». Bei der Diskussion darf es indessen nicht bleiben!

Anzustreben ist, dass Parteien und Verbände den Geschlechterproporz in ihre Programme aufnehmen. Durch das Mittel der Rotation (Frau ersetzt Mann) kann Platz für Kandidatinnen geschaffen werden.

Parteien müssen bereit sein, ihre Anwärterinnen finanziell und organisatorisch zu stützen. Kandidatinnen müssen gezielt aufgebaut werden und brauchen parteiinterne Schulung für die Phase des Wahlkampfes. Auf Wahllisten sind Frauen die erfolgversprechenden Listenplätze zur Verfügung zu stellen.

Die Parteien müssen ihren bisherigen Qualifikationsbegriff, ihre männerbegünstigenden Wahlrituale aufbrechen.

Was können Sie als Mitglied einer Partei, Frauenorganisation, als Mitglied eines Verbandes tun?

Als Mitglied eines Verbandes, einer Organisation oder Partei, können Sie sich dafür einsetzen, die erstarrten männerbegünstigenden Wahlrituale aufzubrechen. Dies bedeutet z.B., dass nicht derjenige Kandidat automatisch auch der geeignetste Kandidat ist, der praktisch jederzeit zur Verfügung steht oder der bereits über jahrelange Politikerfahrung verfügt. Gerade Frauen verfügen über sehr viel konkrete Lebens- und Alltagserfahrung.

Notwendig ist deshalb auch, dass der Qualifikationsbegriff im politischen Leben neu überdacht wird. Ist die sogenannte «Ochsentour», das militärisch anmutende Abverdienen der politischen Qualifikation, der mühselige, zeitaufwendige Gang von der

Parteibasis bis zur Spitze überhaupt das Kriterium für politische Eignung? Müssen dafür nicht mehr Wege akzeptiert werden, in denen Platz für unterschiedlichste Lebensentwürfe ist?

Als Mitglied in einem Verband oder in einer Partei können Sie darauf hinwirken, dass diese Organisationen den Geschlechterproporz in ihre Programme aufnehmen. Notwendig sind von Seiten der Frauenorganisationen und Frauenverbänden lancierte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen, um auf die Notwendigkeit der Frauenförderung im politischen Bereich aufmerksam zu machen.

Was können Wählerinnen und Wähler tun?

Aufgabe der Frauen ist sicher, sich überall und ohne Zurückhaltung in den politischen Wettstreit einzumischen. Das bedeutet, als Wählerinnen ihr Wahlrecht stärker als bisher wahrzunehmen. Das bedeutet weiter, Wahllisten zugunsten der Kandidatinnen umzugestalten, d.h. bewusst Frauen zu wählen und Männer auf den Wahllisten zu streichen (also das sogenannte Kumulieren und Panaschieren).

Selbstverständlich können und sollen auch Männer zugunsten von Frauen kumulieren und panaschieren.

Frauen sollten sich ferner dafür einsetzen, dass Kandidatinnen günstige Rahmenbedingungen haben. Sie können «Pressure Groups» oder Lobbies gründen oder in bereits bestehenden mitmachen, also z.B. in Frauenorganisationen. «Pressure Groups» oder Lobbies sind Gruppen, die ein gemeinsames Anliegen haben und sich zusammenschliessen, um für ihre Interessen Druck auszuüben. In den USA haben die Frauen mit der Bildung von «Frauenlobbies» gute Erfahrungen gemacht. Es ist wichtig, sich über die Parteigrenzen hinweg mit Kandidatinnen zu solidarisieren. Aktive Frauen sollen durch Frauen mehr als bisher ermutigt und unterstützt werden, eine Kandidatur zu wagen.

Frauen als Wählerinnen, als Verbandsmitglieder, als Politikerinnen, sei es auf Gemeindeebene, auf kantonaler oder eidg. Ebene, sollten keine Angst vor Lobbyismus haben. Sie sollten ihren Anspruch auf Teilhabe an der politischen Macht selbstbewusst stellen und mithelfen, entsprechende Lobbies aufzubauen in Verbänden und Organisationen, um mehr Frauen an den politischen Entscheidungen zu beteiligen. Dies scheint mir zum einen eine Frage der grundsätzlichen Gerechtigkeit zu sein, zum anderen geht es aber auch darum, Politik nicht mehr länger nur als sogenannt «grosse» Politik zu begreifen, sondern zu sehen, dass Politik ja alle Lebensbereiche berührt, den Alltag jeden Mannes und selbstverständlich auch jeder Frau. Es wird Zeit, dass die Frauen ihre reichen Erfahrungen mit Selbstbewusstsein in die Politik einbringen!

**Viele Frauen sind so gut,
Viele Frauen sind so gut,
dass sie gleich
dass sie gleich
zweimal
zweimal
ins Bundeshaus gewählt
ins Bundeshaus gewählt
werden sollten.
werden sollten.**

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung
von Frau und Mann
Eigerplatz 5, 3000 Bern 6



Am 20. Oktober ist
DAMENWAHL!